

«Eine neue Kontrollwut»

Wenn Unternehmer «wie Straftäter behandelt werden»

Potsdam/Berlin(eb/man). Die stationäre und ambulante Altenpflege ist laut Michael Bethke, Geschäftsführer der gleichnamigen Unternehmensgruppe, fest in der Geisel von Vorschriften, Bürokratiewahn und immer neueren Stilblüten von Kontrollzwängen. Mit der Einführung des Mindestlohns habe diese Kontrollwut eine „bis dahin nicht bekannte Dimension angenommen.“ Laut Bethke werden Unternehmer stellenweise wie „Straftäter“ behandelt. Er schildert einen Vorfall: „Am 23.03.2011 fuhren plötzlich zwei Fahrzeuge der Zollfahndung auf den Hof und es stiegen 6 Beamte aus, die demonstrativ ihre Verkehrskellen - Halt Polizei - in die Windschutzscheibe legten und damit die geballte Staatsmacht repräsentierten. Dann wurden wir darüber belehrt, dass sie im Rahmen der Zollfahndung das Thema Mindestlohn bearbeiten. Die Mitarbeiter des Personalbereiches mussten sofort die entsprechenden Arbeitsverträge nebst Lohnnachweisen herausgeben, die dann von den Beamten der Zollfahndung fotokopiert wurden. Die Anwesenden, im Laufe der Zeit von den



Mitarbeiter von Altenpflegeeinrichtungen werden stärker von der Zollfahndung kontrolliert. Foto: Bilderbox

Touren der ambulanten Sozialstation hereinkommenden, Mitarbeiter wurden befragt, ob sie tatsächlich nach den Lohnbescheinigungen bezahlt werden würden, ob Tourenfahrzeiten bezahlt werden usw. Diese 2/3 unangekündigte Anwesenheit der Zollfahndung hat die Mitarbeiter natürlich irritiert und diese sogenannte Befragung konnte eher als Verhör angesehen werden. An dieser Stelle möchte ich auch nicht falsch verstanden werden. Die Beamten der Zollfahndung machen ihre Arbeit – in unserem Fall haben sie eine sehr gute Arbeit gemacht und waren sehr höflich. Nichtsdestotrotz muss man sich als mittelständischer Unternehmer in

diesem Land wundern, dass man behandelt wird wie ein Delinquent.“ Von anderen Kollegen habe Bethke gehört, dass die Kontrolle in ihren Einrichtungen ähnlich, teilweise sogar mit noch erhöhter Staatspräsenz, durchgeführt wurde, bis hin zur Umstellung des Pflegedienstes durch die Beamten des Hauptzollamtes. Das sieht auch der Potsdamer Daniel M. (Name geändert) so. Der 24-Jährige arbeitet als Altenpfleger. Er will seinen Namen nicht verraten, sagt aber: „Die Kontrollen nehmen zu. Ich wünsche mir, dass die Vorverurteilungen abnehmen und Ruhe einkehrt. Natürlich soll den Angestellten auch der Mindestlohn gezahlt wer-

den. Die Art und Weise, wie die Kontrollen durchgeführt werden, ist aber nicht tragbar.“ Für die Mitarbeiter sei es laut Bethke schwer, diese Sachverhalte nachvollziehen zu können. Der Geschäftsführer schildert in einem offenen Brief: „Man muss sich nur einmal vorstellen was es für ein Bild hinterlässt, wenn Fahrzeuge der Zollfahndung vor einem Pflegedienst stehen und die Mitarbeiter leicht verschüchtert verhört werden. Hier nützen auch keine Erklärungen des Arbeitgebers an die Mitarbeiter, dass dies alles im Rahmen von Routineuntersuchungen geschieht, üblich ist und bei anderen Pflegediensten im gleichen Rahmen stattfindet. Unsere Mitarbeiter sind und waren jedenfalls verstört.“ Aus seiner Sicht könne dies auf anderen Wegen gelöst werden, schließlich habe die Demokratie auch genügend Möglichkeiten der Gesetzeskontrolle. Warum eine notwendige Routineüberprüfung nicht diskreter durchgeführt werden kann, ohne den Eindruck zu hinterlassen, bei dem Pflegedienst wurde eine Razzia auf Grund von Verdachtsmomenten durchgeführt, ist Bethke unklar.